

Herr Doğan verwies auf den leicht geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung, den alle als Tischvorlage erhalten hatten. Dieser Beschlussvorschlag solle darstellen, dass die Festlegung auf die 1,5 Züge temporär wäre und wenn die Ergebnisse der Bevölkerungsprognose vorliegen, diese berücksichtigt würden.

Herr Schell von der CDU-Fraktion sagte, dass sie diese Ergänzung begrüßen würden, weil die Festlegung auf die 1,5 Züge temporär wäre und für alle Beteiligten eine Planungssicherheit bestehe, aber diese von der Festschreibung her auch nicht zu langfristig wäre. Die CDU-Fraktion würde daher diesem geänderten Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch begrüßte auch diesen kreativen neuen Beschlussvorschlag, der die Möglichkeit eröffne, auf zukünftige demografische Entwicklungen Rücksicht zu nehmen.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gab zu bedenken, dass die Reduzierung der Zügigkeit einer Grundschule prinzipiell eine Einschränkung für die Arbeit einer Grundschule sei. Für den Ortsteil Buisdorf wäre das aus Sicht seiner Fraktion ein schwerwiegender Punkt, weil die nächsten Grundschulen, nach dem mehrheitlich beschlossenen Auslaufen der Grundschule „Freie Buschstraße“, in Mülldorf und am Pleiser Wald wären. Für die dann vermutlich abzuweisenden Kinder, es sei nicht bekannt wie viele das wären, sie würden befürchten, dass es doch einige wären, wäre das nicht gut. Seine Fraktion wäre sehr unzufrieden damit, dass eine Verwaltung in der Prüfung feststellen würde, dass einige andere Dinge in der Priorität nach hinten fallen müssten, wenn in Buisdorf ein Container aufgestellt würde. Dies wäre wohl schon an andere Schulen transportiert worden und es hätte bereits Bürgerbriefe dazu gegeben, dass dann eine Mensa Pleiser Wald darunter leiden müsse. Hier würde versucht über bestimmte Rahmenbedingungen die Entscheidung der Politik in eine bestimmte Richtung zu steuern. Dies würde seine Fraktion so unzufrieden machen, dass sie dem geänderten Beschlussvorschlag nicht zustimmen, sondern sich enthalten würden. Sie wollten so auch ein Zeichen setzen, dass dies keine zukunftsfähige Art des Umgangs sei. Sie wollten sich dafür einsetzen, für Buisdorf schnellstmöglich wieder ein vollständiges Schulangebot zu sichern, damit alle Kinder, die aus Buisdorf kämen und in Buisdorf zur Grundschule gehen wollten, dort auch einen Platz bekämen. Dies wäre für diesen Ortsteil sehr wichtig.

Herr Kammel von der FDP-Fraktion bemerkte, dass er diesen Beschlussvorschlag sehr gut fände, denn man müsse auch bedenken, dass maximal alle zwei Jahre zwischen keinem und maximal fünf Schüler betroffen wären. Dafür 140.000 € für einen Container auszugeben, halte er für unverhältnismäßig, zumal diese Schüler an anderen Augustiner Schulen einen Platz bekommen könnten. Gleichzeitig würde die Schule aus allen Nähten platzen, denn der Container wäre nur als Mensa zu gebrauchen. Es wäre auch klar, wenn dieses Projekt dazwischen geschoben würde, müssten dafür andere Projekte weichen und da bliebe aus rechtlichen Gründen nur die Schule am Pleiser Wald über, weil diese aus rechtlichen Gründen nicht so schnell ausgebaut werden müsse. Dass die Betroffenen sich wehren würden, könne er nachvollziehen.

Herr Schmitz-Porten von der SPD-Fraktion bedauerte die Interimslösung, aber trotz aller

Versuche gebe es derzeit keine andere Möglichkeit. Seine Fraktion würde diesen Beschlussvorschlag mittragen, weil sie nach reiflicher Überlegung zu dem Schluss gekommen wären, dass es derzeit leider nicht anders gehe.

Herr Knülle von der SPD-Fraktion ergänzte die Ausführungen von Herrn Schmitz-Porten dahingehend, dass dieser Beschluss Folgen für die Beratungen in den anderen Ausschüssen haben werde. Er bedankte sich bei der Sozialverwaltung für diesen Beschlussvorschlag in dieser, aus seiner Sicht, misslichen Situation, dass sie ein Gebäudemanagement hätten, welches sich mit einer Liste von Prioritäten und Maßnahmen, so wie sie die Politik beschlossen habe, beschäftige aber keine freie Spitze habe für Dinge, die immer mal wieder Notwendigkeit verlangen würden. Wenn er Vergleiche ziehe mit anderen Städten, wie viele Projekte dort realisiert würden, dann stelle er sich die Frage, warum das in Sankt Augustin anders wäre. Er wäre in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung des technischen Dezernates sehr gespannt.

Frau Jung von der FDP-Fraktion widersprach den Äußerungen von Herrn Knülle und führte aus, dass das, was in Sankt Augustin realisiert würde, im Vergleich zu anderen Städten sehr beachtlich wäre. Sie teile nicht die Auffassung, dass in Sankt Augustin so sehr viel schief laufe. Die Politik habe diesen Prioritätenplan beschlossen und die Aufträge in die Verwaltung gegeben. Der Personalmangel wäre in diesem Bereich extrem groß. Sie habe großes Verständnis dafür, dass die Verwaltung nicht pausenlos Dinge machen könne, die nicht gesetzlich vorgeschrieben wären. Sie wäre über diesen salomonischen Beschlussvorschlag sehr froh.

Herr Schell unterstrich die Ausführungen von Frau Jung. In den Beratungen zum Projektprioritätenplan (PPP) habe niemand davon gesprochen, dass dort ein Handlungspuffer eingebaut werden solle. Dieser wäre auch problematisch, denn die im PPP aufgeführten Projekte erstrecken sich über Wochen und Monate, für einen Puffer würde man freigestelltes Personal benötigen, welches, überspitzt gesagt, bei kurzfristigen Wünschen der Politik aktiv werden könnte.

Herr Köhler führte dazu auch aus, dass er mit großem Interesse die Beratungen zum PPP verfolgt habe und es habe ihn sehr erstaunt, wie viele komplexe Erweiterungen sich ergeben, wenn nur ein Baustein um eine Stufe verschoben würde. Ihm sei es wichtig festzustellen, dass sich doch alle einig wären, dass die Grundschule Buisdorf von dem Zeitpunkt an dauerhaft zweizügig beschlossen werde, ab dem die demografischen Gegebenheiten dies erfordern. Dies scheine aber jetzt noch nicht der Fall zu sein, denn ansonsten hätte die Schule selber nicht gesagt, dass man vermutlich in den nächsten Jahren ohne Erweiterungsmaßnahmen an die Grenzen stoßen werde. Daher könnten sie mit der vorgeschlagenen Übergangslösung doch eigentlich alle sehr gut leben.

Herr Metz wies daraufhin, dass die Mensa Pleiser Wald längst gebaut wäre, wenn es streng nach dem PPP ginge. Dieser Beschlussvorschlag, dieser Kompromiss sei gut, aber für den PPP und für das Gebäudemanagement wisse er nicht, ob dieser Kompromiss so gut wäre, denn es stünde nicht da, in drei oder vier Jahren brauchen wir, sondern wir werden sehen, ob ihr planen müsst oder nicht. Er wäre gespannt, was

das Gebäudemanagement in zwei oder drei Jahren sage, wenn die Prognose eine dauerhafte Zweizügigkeit darstelle. Sie sollten sich alle darüber bewusst sein, dass dies eine schwierige Situation sei.

Über den nachfolgenden Beschluss wurde dann abgestimmt.